

Hubertus Heil

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

SPD

www.hubertus-heil.de

NEWSLETTER

Juni 2011

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

in den vergangenen Wochen gab es wieder eine Reihe von Veranstaltungen in meinem Wahlkreis, von denen ich Ihnen berichten möchte. Peer Steinbrück war zu Gast in Peine, stellte sein Buch „Unterm Strich“ vor und diskutierte lebhaft mit den Besuchern. In Berlin durfte ich eine Reihe von Gästen aus dem Wahlkreis begrüßen. Spannend war für mich auch die Diskussion mit Schülerinnen und Schülern des Gifhorner Humboldt-Gymnasiums.

In Berlin drehte sich in den letzten Wochen vieles um die Pläne zum Ausstieg aus der Atomenergie. Wichtig wird sein, dass die Energiewende kein Hintertürchen für die AKW-Betreiber bedeutet. Außerdem muss der Ausbau der erneuerbaren Energien vehement vorangetrieben werden.

Ich wünsche viel Freude beim Lesen.

Herzlichst, Ihr



Hubertus Heil

Kontakt zu Hubertus Heil

Wahlkreisbüro Peine

Goethestraße 16
31224 Peine
Telefon: 05171-50 683 14
Telefax: 05171-50 683 99
E-Mail: hubertus.heil@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 11
38518 Gifhorn
Telefon: 05371-1 52 69
Telefax: 05371-93 29 25
E-Mail: hubertus.heil@wk2.bundestag.de

SPD-Bezirksbüro Braunschweig

Schloßstr. 8
38100 Braunschweig
Telefon: 0531 - 4 80 98 -0
Telefax: 0531- 4 80 98 50
E-Mail: bezirk.braunschweig@spd.de

Bundestagsbüro in Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030-227-737 10
Telefax: 030-227-767 10
E-Mail: hubertus.heil@bundestag.de

SPD

Impressum - Wahlkreis Info
Herausgeber: Hubertus Heil, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Nachrichten aus dem Wahlkreis

Talk mit Peer Steinbrück und Hubertus Heil

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hatte am Freitag, den 27. Mai zur Lesung von Peer Steinbrücks Buch "Unterm Strich" eingeladen. Aus der Lesung wurde ein Talk zwischen dem ehemaligen



Bundesfinanzminister und dem Bundestagsabgeordneten Hubertus Heil, der 500 Peiner im Werksgasthaus der Peiner Träger GmbH begeisterte. In lockerer Atmosphäre unterhielt sich Steinbrück mit Heil über seine politische Karriere, seine Freundschaft zu Helmut Schmidt und sein Buch. Auch die Finanz- und Wirtschaftskrise war ein Thema des Abends. Nach dem Dialog folgten Fragen aus dem Publikum, die Steinbrück scharfsinnig und

analytisch beantwortete. Am Ende erntet der ehemalige Finanzminister viel Applaus und Zuspruch von den Besuchern.



Aktionstag des Deutschen Caritasverbandes und der Bundesarbeitsgemeinschaft "Integration durch Arbeit"

Im Rahmen des Aktionstages des Deutschen Caritasverbandes und der Bundesarbeitsgemeinschaft "Integration durch Arbeit" besuchten Hubertus Heil sowie der Landtagsabgeordnete Matthias Möhle das Soziale Kaufhaus in Peine und sprachen mit den Betroffenen. In der Einrichtung, die ein gemeinsames Projekt der BBg des Landkreises Peine und der Labora gGmbH Peine ist, informierte der Geschäftsführer der Caritas Gerhard Nolte gemeinsam mit dem Geschäftsführer der Berufsbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft Olaf Eckardt die Abgeordneten über die Auswirkungen der geplanten Neuordnung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente.



Nachrichten aus dem Wahlkreis

Studiengebühren und Atomkraft: Diskussion im Humboldt-Gymnasium Gifhorn

Gemeinsam mit rund 160 Schülerinnen und Schülern des Humboldt-Gymnasiums diskutierte der Gifhorer Bundestagsabgeordnete Hubertus Heil. Dabei zeigte sich das große Interesse der jungen Menschen an der Politik: Viele Fragen wurden gestellt und gemeinsam diskutierte man ausgiebig über Sozialpolitik, Chancengleichheit, Mindestlöhne und Bildungspolitik. Das Thema Studiengebühren brannte den Schülerinnen und Schülern dabei besonders unter den Nägeln. Hubertus Heil betonte, dass Bildung ein öffentliches Gut sei und somit jeder ein Recht darauf habe: „Nicht der Geldbeutel der Eltern darf über ein Studium entscheiden. Jeder Mensch muss daher die Chance haben können, sich weiterzubilden und zu studieren.“ Er verwies auf den kommenden Fachkräftemangel, für dessen Lösung es umso wichtiger sei, viele qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland zu haben. Auch das aktuelle Thema der Atomenergie fehlte nicht bei der Diskussion. Angeregt diskutierte man in diesem Zusammenhang über alternative Energien und ihren Ausbau.



Besuch und Diskussion bei Hubertus Heil in Berlin

Auf Einladung von Hubertus Heil reisten 50 politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis Gifhorn/Peine zu einem Informationsbesuch nach Berlin. Höhepunkte des Ausflugs waren neben einer Stadtrundfahrt die Besuche im Entwicklungsministerium und in der Vertretung des Europäischen Parlaments. Auch die Besichtigung der Kuppel des Reichstages sowie der Besuch einer Plenardebatte durften nicht fehlen. Auf der Tagesordnung des Plenums stand an diesem Tag das Thema Kinderlärm. Anschließend diskutierten die Gifhorer mit Hubertus Heil ausführlich über aktuelle politische Themen und stellten zahlreiche Fragen an ihren Abgeordneten. Es kam auch zu einem nicht geplanten Tagesordnungspunkt: Prinzessin Victoria von Schweden und ihr Ehemann Daniel waren zu Gast in Berlin und durchschritten gerade das Brandenburger Tor, als sich die Besuchergruppe in der Nähe aufhielt. Diese Gelegenheit wurde natürlich genutzt, einen Blick auf die Prinzessin zu erhaschen und ein paar Fotos zu schießen.



Nachrichten aus dem Wahlkreis

Schülerzeitungsredakteur aus Gifhorn zu Gast bei den Jugendpressetagen der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin

Vom 25. bis 27. Mai veranstaltete die SPD-Bundestagsfraktion zum zehnten Mal die Jugendpressetage. Dazu hatte Hubertus Heil den Schülerzeitungs-Redakteur Philipp Mundil von

der Schülerzeitung des Gifhorer Humboldt-Gymnasiums nach Berlin eingeladen. Insgesamt waren 75 Schülerzeitungsredakteurinnen und -redakteure aus ganz Deutschland bei den Jugendpressetagen zu Gast. Die Jung-Journalisten trafen mit SPD-Bundestagsabgeordneten und Journalisten der Hauptstadtresse in Berlin zusammen, um in Diskussionsrunden und Pressegesprächen ihre Wünsche und konkreten Erwartungen an die Politik zu formulieren - und natürlich auch, um kritische Fragen zu stellen. Höhepunkte des dreitägigen Programms waren u.a. die Pressekonferenz mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Frank-Walter Steinmeier, ein Gespräch mit einer Vertreterin der Pressestelle, dem Juso-Bundesvorsitzenden und dem Referenten für Bildung beim SPD-Parteivorstand im Willy-Brandt-Haus. Außerdem fand ein geführter Rundgang beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) statt. Philipp Mundil hatte am Mittwoch zudem die Gelegenheit, persönlich mit Hubertus Heil über die Pressearbeit in einem Abgeordnetenbüro sowie die Beziehung zwischen Politik und Medien zu sprechen und ihn zu einem Pressestatement zu begleiten.



Hubertus Heil unterstützt Schüleraustausch mit den USA - Deutscher Bundestag vergibt Stipendien für ein Austauschjahr

Bis zum 2. September können sich Jugendliche um ein Stipendium des Deutschen Bundestages für das Austauschjahr 2012/13 in den USA bewerben. Die Stipendien werden im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP) vergeben, mit dem der Deutsche Bundestag gemeinsam mit dem Kongress der USA den transatlantischen Jugendaustausch fördert. Der Bundestagsabgeordnete Hubertus Heil ermutigt Schülerinnen und Schüler, diese besondere Möglichkeit zu nutzen: „Das Jahr in den USA ist eine wertvolle Chance eine andere Kultur intensiv kennen zu lernen. Die Erfahrung wird die Stipendiaten ein Leben lang begleiten.“

Im Jahr 2012/2013 werden 285 Schülerinnen und Schüler die High School in Amerika besuchen, 75 junge Berufstätige gehen auf das College und absolvieren anschließend ein Praktikum in einem amerikanischen Betrieb. Das PPP-Stipendium umfasst die Reise- und Programmkosten sowie notwendige Versicherungskosten. Die Stipendiaten leben in amerikanischen Gastfamilien. Bewerbungskarten und weitere Informationen stellt der Deutsche Bundestag im Internet unter www.bundestag.de/ppp zur Verfügung. Die Bewerbungskarte kann auch in den Wahlkreisbüros von Hubertus Heil angefordert werden.

Arbeitnehmerfreizügigkeit muss politisch gestaltet werden

Europa ist ein Stück zusammengerückt. Seit dem 1. Mai 2011 gilt die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn. Damit erhalten auch sie die Freiheit, in jedem Land der Union leben und arbeiten zu können, mit den gleichen Rechten und Pflichten. Diese Freiheit bietet eine große Chance für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und Europas – wenn sie politisch sinnvoll und fair gestaltet wird.

Wie sich die neue Arbeitnehmer- und die Dienstleistungsfreiheit auf den deutschen Arbeitsmarkt auswirken wird, ist bisher noch unklar. Klar ist jedoch: Wir müssen allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland Sicherheit und Schutz bieten. Sofern neu zugewanderte Mitbürger sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen aufnehmen, führt dies in tarifgebundenen Betrieben kaum zu Verdrängungseffekten. Dennoch sind in der Bevölkerung Ängste vor Lohndumping vorhanden. Die Maxime „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ muss gelten! Erfahrungen aus EU-Staaten, in denen die Arbeitnehmerfreizügigkeit schon länger gilt, zeigen, dass klare Regeln zu Lohn- und Arbeitsbedingungen wichtig sind, um Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern. Außerdem müssen die Maßnahmen zur Verhinderung von Scheinselbstständigkeit und Schwarzarbeit wirksam ausgebaut werden.

Von der Bundesregierung wurde die Arbeitnehmerfreizügigkeit schlecht vorbereitet. Von einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn will schwarz-gelb nach wie vor nichts wissen. Die SPD wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass Mindestlöhne für einzelne Branchen über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz für allgemeinverbindlich erklärt werden. Unsere Forderung bleibt aber ganz klar: Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn ist der beste Schutz gegen Lohndumping.

Schwarz-Gelb streicht die aktive Arbeitsmarktförderung zusammen

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken. Das sind gute Nachrichten. Es gibt jedoch keinen Grund, sich zurückzulehnen, denn nach wie vor besteht die Gefahr, dass sich ein gespaltener Arbeitsmarkt herausbildet – mit verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit auf der einen und partiellem Fachkräftemangel auf der anderen Seite. Der kürzlich von der Bundesregierung beschlossenen Gesetzentwurf zur „Reformierung“ und „Verbesserung“ der Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik befördert die Herausbildung eines gespaltenen Arbeitsmarktes, anstatt sie zu verhindern. Faktisch ist das Gesetz eine Sparmaßnahme zu Lasten von Arbeitslosen. Jüngeren Menschen, aber auch Alleinerziehenden oder älteren Arbeitssuchenden werden Chancen auf den Einstieg bzw. die Rückkehr in die Erwerbstätigkeit genommen. Bei den Zuschüssen zur Existenzgründung Arbeitsloser soll der Rotstift angesetzt werden. Auch der Kombilohn für ältere Arbeitnehmer, die sogenannte Entgeltsicherung, wird gestrichen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) werden eingeschränkt.

Bericht aus Berlin

Bis 2015 sollen so insgesamt acht Milliarden Euro gespart werden. Bewährte Strukturen im Bereich der Weiterbildung und Qualifizierung werden dadurch zerstört. Auch in unserer Region geraten Einrichtungen in Bedrängnis und bangen um ihre zukünftige Arbeit, sollte der Förderstopp sie betreffen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird gegen diese Streichungen mobil machen, denn hier spart die Bundesregierung eindeutig an der falschen Stelle.

Irrtumsbereinigung in Sachen Energiepolitik

Ein halbes Jahr nachdem CDU/CSU und FDP mit der pauschalen Verlängerung der Restlaufzeiten den bestehenden Energiekonsens zerstört haben, versucht sich die schwarz-gelbe Koalition nun an einer erneuten Kehrtwende in der Energiepolitik. Damit ist das im Herbst vergangenen Jahres von CDU/CSU und FDP durchgepeitschte „Energiekonzept“ bereits nach einem halben Jahr gescheitert.

Die Bundesregierung hat nun ihr Gesetzespaket zur Umsetzung der Energiewende vorgelegt. Voraussichtlich Anfang Juli sollen die Beratungen in Bundestag und Bundesrat abgeschlossen werden. Das Verfahren ist also stark beschleunigt und zugleich inhaltlich hoch komplex. Zeitdruck entsteht vor allem durch das Auslaufen des Atom-Moratoriums, das am 15. Juni endet. Dabei droht in der Gesetzgebung Schnelligkeit vor Gründlichkeit zu gehen, was die Gefahr handwerklicher Fehler deutlich erhöht.

Im Interesse einer nachhaltigen Energiewende in Deutschland sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten grundsätzlich zu einem Konsens bereit. Wir wollen eine saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung gewährleisten. Eine bedingungslose Zustimmung zu den Gesetzesentwürfen der schwarz-gelben Regierung wird es aber nicht geben. Wir werden die Vorlagen prüfen und unsere eigenen Vorstellungen in das parlamentarische Verfahren einbringen. Unsere zentralen Forderungen sind der unumkehrbare Ausstieg aus der Atomenergie während der nächsten zehn Jahre sowie die offene, unvoreingenommene erneute Suche nach einem geeigneten Endlager in Deutschland. Außerdem darf es kein Hintertürchen oder Revisionsklauseln für die AKW-Betreiber geben! Wichtig ist auch, die Erneuerbaren Energien zügiger als bisher auszubauen. Hier hat Schwarz-Gelb die Investitionen seit Übernahme der Regierungsverantwortung zurück gefahren.

Terminvorschau

Am...

15. Juni
um 15 Uhr
im Schützenhaus Peine

um 17 Uhr
im Egon-Bahr-Haus

16. Juni
um 14 Uhr
in der Stadthalle Gifhorn

18. Juni
um 18.30 Uhr
im phaeno in Wolfsburg

22. Juni
um 10 Uhr
in Ilsede

23. Juni
um 15 Uhr
im Bürgerbüro in Gifhorn
um 18 Uhr in Wesendorf

3. Juli
um 14 Uhr in Peine

Was?

Jubilarehrung der IG Metall Salzgitter-
Peine

Bürgersprechstunde
Anmeldungen unter 05171/5068314

Königsessen des Gifhorer Schützenfests

Abend der Region

Besuch bei der Christmann Informations-
technik + Medien GmbH

Bürgersprechstunde
Anmeldungen unter 05371/15269

Besuch des öffentlichen Mitgliederver-
sammlung des Ortsvereins Wesendorf

Eröffnung des Peiner Freischießens